Gaskrise voraus

geschrieben von Admin | 26. Juni 2023

von Frank Hennig

Atom ist böse, Kohle out. „Erneuerbare“, Klimapanik und Verzicht bringen aber keine sichere Energieversorgung. Es bleibt das fossile Erdgas, von dem wir künftig weniger haben werden. Die Lage wird sich krisenhaft zuspitzen.

In diesen Wochen voller Hitzewarnungen und bei Energiepreisen, die zumindest im Großhandel wieder auf Vorkriegsniveau gesunken sind, kann man sich Winterkälte, eisige Böen und sogar Schnee schwer vorstellen. Die Schlagzeilen handeln von Rammstein und einem Bühnenunfall von Helene Fischer. Sie erzeugen künstliche Aufregung über Unwesentliches und sorgen für das wohlig-sichere Empfinden, selbst nicht betroffen zu sein. Die schrecklichen Kriegsnachrichten verniedlichen sich in theoretischen Talk-Show-Diskussionen. Selbst die Erkenntnis, dass der Klimawandel unser geringstes Problem wäre, wenn dieser Krieg eskaliert, dringt bei den meisten nicht ins Bewusstsein.

Der Füllstand unserer Gasspeicher liegt bei fast 80 Prozent, auch dies ein beruhigendes Signal. Nun droht Gefahr, ausnahmsweise nicht aus dem Osten, sondern aus dem Westen. Die Ankündigung der Niederlande, die Erdgasförderung im Feld Groningen zum 1. Oktober 2023 einzustellen, sorgte für Aufsehen. Es ist das größte kontinentale Erdgasfeld in Westeuropa. Dabei war die Entscheidung absehbar und auch schon angekündigt, nachdem eine Vielzahl von Erdbeben zu hohen Sachschäden führte. Ursprünglich war das Förderende für 2022 geplant, der Krieg führte jedoch zu einer Verschiebung des Termins, wozu Deutschland die Niederlande nötigte. Mit der Einstellung der Förderung würden etwa 25 Prozent der gegenwärtigen Importmenge entfallen.

Für den übernächsten Winter kommt erschwerend hinzu, dass Verträge zum Gastransit durch die Ukraine Ende 2024 auslaufen und nach Aussage der Ukraine nicht verlängert werden. Das würde vor allem in der Slowakei, Ungarn, Österreich und angrenzenden Ländern zu deutlichem Mangel führen und Druck auf den deutschen Export ausüben. Minister Habeck baut schon vor und kündigt für diesen Fall an, unsere Industrie dann herunterzufahren oder abzuschalten.

Optional könnte eine Gasspeicherung in der Ukraine etwas helfen, die dortigen Speicher sind mit 320 Terawattstunden (TWh) sogar die größten Speicher Europas. Aber ob die Ukraine bei Engpässen dann von diesem Gas etwas abgibt, dürfte nicht sicher sein. Zumindest ebenso unsicher, wie der Betrieb von Gasspeichern in Kriegsgebieten eben ist. Aber wir wissen ja höchstministeriell, dass man selbst Kernkraftwerke in Kriegsgebieten sicher betreiben kann, wenn sie nun mal da sind.

Erdgas wird also absehbar knapp werden. Die im „Deutschlandtempo“ errichteten LNG-Terminals, bisher im Grunde nur Schiffsanleger mit Pipeline-Anbindung für schwimmende Regasifizierungsanlagen (FSRU), liefern überschaubare Mengen. Anstelle der angekündigten 500 TWh täglich wird nur etwa die Hälfte eingespeist. Unter diesen trüben Aussichten strickt nun das Ministerium für Wirtschaft und Klima (mit Schwerpunkt Klima) an einer Kraftwerksstrategie.

Zwar versuchten bildungsferne Schichten die These zu verbreiten, Wärme und Strom hätten nichts miteinander zu tun, aber genau hier treffen sich nun die Sektoren. Nach der Ächtung von Kernkraft und Kohle bleibt für die gesicherte Versorgung nur – Erdgas. Aus kosmetischen Gründen beeilt man sich, den Zusatz „wasserstofffähig“ zu betonen und den Begriff „fossiles Erdgas“ zu vermeiden. Beeindruckend sind die erforderlichen Kapazitäten neuer Gaskraftwerke. Zwischen 27 und 43 Gigawatt an Kapazität schätzen Verbände und Wissenschaftler. Eine Vielzahl von Anlagen müsste bis 2030 zeitgleich errichtet werden, was schon aus Gründen der Planungs-, Genehmigungs- und Montagezeiten unwahrscheinlich ist.

Sollte dieser Zubau gelingen, saugen diese Werke gewaltig an den Pipelines. Das moderne GuD-Kraftwerk „Fortuna“ in Düsseldorf leistet 600 Megawatt (elektrisch), 300 Megawatt (thermisch) und verbraucht bei voller Leistung 105.000 Kubikmeter Gas – pro Stunde. Ein Einfamilienhaus (120 Quadratmeter) nimmt sich 1.700 Kubikmeter – pro Jahr. Angesichts des Neubaus von mindestens zwanzig neuer „Fortuna“-Kraftwerke kann man sich jede weitere überschlägige Rechnung ersparen. Gasheizungen zu verbannen, aber eine gesicherte Stromversorgung, auch für Wärmepumpen, auf Gasbasis schaffen zu wollen, scheint im Ansatz nicht ganz durchdacht.

Wir werden weniger Erdgas zur Verfügung haben, subventionieren aber (über Ausschreibungen) die Stilllegung von Steinkohlekraftwerken. Wir werden weniger Strom zur Verfügung haben, subventionieren aber mit E-Mobilität und Wärmepumpen höheren Verbrauch. Die angekündigten Ausschreibungen für Gaskraftwerke werden auch mit Steuergeld unterlegt werden müssen, denn kein Investor wird mehr das Risiko eingehen, in Deutschland auf eigenes Risiko ein fossiles Kraftwerk zu bauen.

Die Vision vom billigen und künftig reichlich vorhandenen grünen Wasserstoff wurde durch eine vermutlich unbedachte Bemerkung von Minister Habeck im Rahmen der Wärmepumpendiskussion bereits ramponiert. Wasserstoff sei zum Heizen zu teuer, führte er aus, viermal so teuer. Aber was bedeutet das für die Stromproduktion in künftigen wasserstofffähigen Gaskraftwerken?

Die Tatsache, dass die exzessiv ausgebauten Wind- und Solarkapazitäten hinsichtlich einer gesicherten Versorgung vollständig versagen, wird regierungsamtlich standhaft ignoriert. „Wir brauchen mehr Erneuerbare“ ist ohne den genauso schnellen Ausbau von Netzen und Speichern

grundsätzlich falsch. Aber es entspricht den Forderungen der Lobby.

Die Energieversorgungslage wird sich krisenhaft zuspitzen. Helfen könnte ein Kriegsende, das wieder Lieferungen durch die Ukraine möglich macht und eventuell auch direkt aus Russland. Nötig wäre eine durchdachte, an den Realitäten orientierte langfristig angelegte Energiestrategie mit einem verlässlichen Energiemix. Die ist von CO2-zentrierten Politikern nicht zu erwarten.

Der Sommer ist bald vorbei.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier